



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 07/20 • 13.02.2020



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der

Europäischen Union



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

die Ausbreitung des Coronavirus beschäftigt uns nicht zuletzt auf der europäischen Ebene weiterhin.

Heute kommen die Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten zu einer außerordentlichen Tagung des Rates zusammen, um einen Gedankenaustausch über weitere gesundheitliche Notfallmaßnahmen zu führen und Lösungen für die bestehenden Herausforderungen zu erörtern, die der Verhinderung der weiteren Verbreitung des Virus dienen sollen.

Nachdem es im Dezember in Wuhan zum Ausbruch des Virus kam und ab Januar in einigen europäischen Mitgliedstaaten Fälle auftraten, aktivierte die kroatische Ratspräsidentschaft am 28. Januar 2020 den Informationsaustausch-Modus der Integrierten EU-Regelung für die politische Reaktion auf Krisen, um den Mitgliedstaaten die Basis zur gemeinsamen Einschätzung der zu ergreifenden Maßnahmen zu ermöglichen. Am selben Tage hatte die Kommission das EU-Katastrophenschutzverfahren aktiviert, da Frankreich um Hilfe bei der Organisation und Koordinierung der Unterstützung von EU-Bürgerinnen- und Bürgern gebeten hatte, die vom Ausbruch des Virus in China betroffen sind.

Es steht zu erwarten, dass der Rat Schlussfolgerungen zur Reaktion der EU auf den Ausbruch annehmen wird.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie auf Seite 10.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Wirtschaft

Wirtschaft

Wirtschaft



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• EP: Der langfristige EU-Haushalt ist ein Instrument für die Zukunft Europas	
• Kommission veröffentlicht zwei Pilotaktionen zur Förderung der Bürgerbeteiligung	
• EP billigt Freihandelsabkommen zwischen EU und Vietnam	
• Einheitliche EU-Notrufnummer 112 immer bekannter	
• Einwandfreies und sauberes Trinkwasser: Rat billigt vorläufige Einigung zu aktualisierten Qualitätsstandards	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	8
• Künstliche Intelligenz soll für Verbraucher fair und sicher sein	
• Europäische Umweltagentur: Auswirkungen des Klimawandels erfordern Anpassungen	
• Umwelt – Deutschland soll Vorschriften zum Schutz von Oberflächengewässern verbessern	
• Umwelt – Die Kommission verschärft Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland bei Habitat-RL	
• Nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln	
• Coronavirus: EU setzt auf internationale Koordination und Zusammenarbeit	
• EU – Tabakbesteuerung sollte Zigarettenkonsum stärker eindämmen	
• Neue Mitglieder der eHealth Stakeholder Gruppe veröffentlicht	
• MFR: Erasmus+, Creative Europe, European Solidarity Corps	
<u>Was, wann, wo</u>	13
• Austausch mit der Kommission zu Algenproduktion	
• Lasst uns über Europa sprechen: Europagespräch in Bernburg am 18. Februar 2020	
• Fortbildung „EU-Förderung für Kommunen“	
<u>Ausschreibungen</u>	16
• Verschwindende Wand: Goethe-Institut ruft zu europaweitem Zitat-Wettbewerb auf	
<u>Kontaktbörse</u>	17
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	20
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	23
<u>Impressum</u>	24



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

EP: Der langfristige EU-Haushalt ist ein Instrument für die Zukunft Europas

In einer Debatte zur EU-Finanzierung 2021-2027 am 12. Februar 2020, betonten die Abgeordneten, dass das Parlament nur seine Zustimmung zu einem Haushalt geben wird, der den Ambitionen der Europäischen Union gerecht wird.

Wenn man über den EU Haushalt spricht, betrifft dies gleichzeitig die Zukunft der EU, so die Abgeordneten in einer wichtigen Plenardebatte mit Nikolina Brnjac, der kroatischen Staatssekretärin für auswärtige und europäische Angelegenheiten, als Vertreterin des Rates, und der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. „Uns läuft die Zeit davon“, sagte von der Leyen. „Wenn der Haushalt nicht bald beschlossen wird, dann werden wir im nächsten Jahr nicht in der Lage sein, mit dem neuen Haushalt die neuen Prioritäten tatsächlich auch so zu finanzieren, wie wir uns das alle vorstellen.“

Die Debatte am Mittwoch fand im Vorfeld eines Sondergipfels der EU statt, der am 20. Februar beginnt und auf dem die Mitgliedstaaten versuchen werden, sich auf eine gemeinsame Position zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zu einigen.

Die meisten Abgeordneten betonten, dass eine ausreichende Finanzierung der Schlüssel ist zur Erreichung gemeinsamer Ziele wie die Bekämpfung des Klimawandels, die digitale und ökologische Transformation, die Bewältigung der sozialen Folgen der letzteren und die

weitere Unterstützung von Regionen und Städten, Landwirten, jungen Menschen, Forschern oder Unternehmern. Die Umsetzung des "Green Deal" mit einem reduzierten Budget würde beispielsweise bedeuten, dass erfolgreiche EU-Programme anderswo gekürzt werden müssten, betonten die Abgeordneten. Darüber hinaus sei die Einführung neuer Einnahmequellen ("Eigenmittel") für die EU und die Verknüpfung des EU-Haushalts mit der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit für die Abgeordneten von zentraler Bedeutung. • *ah Quelle PM EP*



We cannot do more with less, MEPs say in the debate about the EU's long-term budget 2021-2027 © European Union 2020 - EPFramework.

Weitere Informationen, sowie die einzelnen Reden finden Sie [hier](#).



Kommission veröffentlicht zwei Pilotaktionen zur Förderung der Bürgerbeteiligung

Die Kommission hat am 6. Februar 2020 beschlossen, zwei neue Pilotaktionen zu starten, um Bürgerinnen und Bürger und zivilgesellschaftliche Organisationen aktiver in die Planung, Verwendung und Überwachung von EU-geförderten Projekten im Rahmen der Kohäsionspolitik einzubinden. Ziel ist es, hiermit bessere Ergebnisse herbeizuführen. Im Rahmen dieser Pilotaktionen erhalten die Verwaltungsbehörden der Kohäsionsfonds und zivilgesellschaftliche Organisationen fachliche Beratung und Unterstützung beim Aufbau der Kenntnisse und Fähigkeiten, die für die Durchführung der Kohäsionsprojekte erforderlich sind.

Pilotaktion 1: Behörden, die Strukturfondsmittel verwalten, können Vorschläge einreichen, um für die Einrichtung von Bürgerbeteiligungsmaßnahmen Fachberatung und maßgeschneiderte Unterstützung von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu bekommen.

Pilotaktion 2: Mit diesem Programm sollen innovative Ideen und Initiativen zur Stärkung der Bürgerbeteiligung mit 250.000 Euro durch die Kommission gefördert werden. Adressaten des Programms sind insbesondere kleinere und lokale Organisationen der Zivilgesellschaft. Ziel ist es, durch erhöhte Bürgerbeteiligung auf Basis von neuen Konzepten die Umsetzung von Strukturfondsprojekten zu verbessern und das Verantwortungsbewusstsein für deren Ergebnisse seitens der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Beide Pilotaktionen werden 12 Monate laufen und ihre zentralen Erkenntnisse veröffentlichen, damit voraussichtlich in der nächsten Förderperiode ab 2021 ähnliche Initiativen im Rahmen der Kohäsionspolitik gefördert werden können. • *df PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

EP billigt Freihandelsabkommen zwischen EU und Vietnam

Die Abgeordneten stimmten dem Freihandelsabkommen am 12. Februar mit 401 Stimmen zu, bei 192 Gegenstimmen und 40 Enthaltungen. In einer begleitenden Entschließung, die mit 416 Ja-Stimmen, bei 187 Nein-Stimmen und 44 Enthaltungen, angenommen wurde, bezeichnen die Abgeordneten den Vertrag als „das modernste, am weitesten reichende und ambitionierteste Abkommen, das jemals zwischen der EU und einem Entwicklungsland geschlossen wurde“. Es könne dazu beitragen, strenge Normen und Regeln in der Region zu setzen und den Weg ebnen für ein künftiges interregionales Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Das Abkommen sei „ein deutliches Zeichen zugunsten des freien, fairen und wechselseitigen Handels in einer Zeit, in der protektionistische Tendenzen aufkommen und der multilaterale und regelgestützte Handel deutlich infrage gestellt wird“, betonten die Abgeordneten.

Das Abkommen wird in den nächsten zehn Jahren praktisch alle Zölle zwischen den beiden Parteien beseitigen und auch Europas wichtigste Exportprodukte nach Vietnam umfassen: Maschinen, Autos und Chemikalien. Auch bei Dienstleistungen im Finanzsektor, im Seeverkehr und im Postbereich erhalten EU-Unternehmen einen besseren Marktzugang. Die



Vereinbarung schützt auch 169 europäische Produkte wie den Tiroler Speck oder den Schwarzwälder Schinken.

Darüber hinaus ist das Abkommen ein Instrument zum Schutz der Umwelt und zur Förderung des sozialen Fortschritts in Vietnam, einschließlich der Arbeitnehmerrechte. Es verpflichtet Vietnam zur Anwendung des Pariser Klimaabkommens. Vietnam hat sich auf Drängen des Europäischen Parlaments auch verpflichtet, zwei Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation zu ratifizieren. Die Abschaffung der Zwangsarbeit soll bis 2020 ratifiziert werden, und das Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit bis 2023. Das Handelsabkommen kann ausgesetzt werden, wenn es zu Menschenrechtsverletzungen kommt.

Einem dazugehörigen Investitionsschutzabkommen stimmte das Parlament ebenfalls zu. Vorgesehen ist ein Investitionsgerichtssystem mit unabhängigen Richtern zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staat und Investoren.

Sobald auch der Rat dem Handelsabkommen formell zugestimmt hat und die beiden Gesetzgeber sich gegenseitig mitteilen, dass ihre Verfahren abgeschlossen sind, kann es in Kraft treten. Das Investitionsschutzabkommen muss vor seinem Inkrafttreten noch von den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. *ah Quelle: PM EP*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Mehr zu den Details des Handelsabkommens finden Sie [hier](#).

Einheitliche EU-Notrufnummer 112 immer bekannter

158 Millionen Mal haben Bürger im vergangenen Jahr die einheitliche europäische Notrufnummer 112 gewählt. Das entspricht mehr als der Hälfte aller gewählten Notrufe. Mehr als zwei Millionen Anrufe wurden von Europäern auf Reisen in anderen EU-Ländern getätigt. Die Nutzung der einheitlichen europäischen Notrufnummer 112 nimmt jedes Jahr zu. Mehrere Mitgliedstaaten haben außerdem ihre Systeme zur Anruferlokalisierung verbessert. Zu diesen Ergebnissen kommt ein Bericht, den die EU-Kommission am 11. Februar veröffentlicht hat.



In Baden-Württemberg haben das Europe Direct und das Europa Zentrum die deutschen Berufsfeuerwehren mit dem Goldenen Euronotruf-Stern 2020 ausgezeichnet. Sie haben den Preis für besondere Verdienste um die Bewerbung des Euronotrufes erhalten. Die deutschen Berufsfeuerwehren hatten mit einem „Twitter-Gewitter“ zum Euronotrufes im vergangenen Jahr ein großes Medienecho in den Sozialen Medien und darüber hinaus in Presse, Funk und Fernsehen ausgelöst und damit für die europäische Notfallnummer geworben.

Seit 1991 können Menschen in Not dank der EU-Gesetzgebung die Notrufnummer 112 von überall in der EU kostenlos anrufen. Der „Tag der europaweiten Notrufnummer 112“ wurde von der EU im Jahr 2009 eingeführt, weil viel zu wenige Menschen wussten, dass der Notruf 112 europaweit gilt.

Die zentrale Botschaft des Aktionstages lautet daher: „Ein Europa – eine Nummer: 112“. Als Datum für den Euronotrufes wurde der 11. Februar gewählt, da in dem Datum auch die Nummer steckt (11.2.). In Deutschland weiß im Schnitt nur jeder vierte, dass er den Notruf 112 auch im EU-Ausland wählen kann.



Für Reisende in Großbritannien bleibt auch nach dem Brexit der europaweite Notruf 112 erhalten. • *ah Quelle Vertretung KOM in Deutschland*

Weitere Informationen finden Sie im [vollständigen Bericht](#) und [hier](#)

Einwandfreies und sauberes Trinkwasser: Rat billigt vorläufige Einigung zu aktualisierten Qualitätsstandards

Die EU stellt sicher, dass Leitungswasser in der gesamten Union bedenkenlos getrunken werden kann. Am 5. Februar 2020 haben die Botschafterinnen und Botschafter der Mitgliedstaaten im Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) des Rates die vorläufige Einigung bestätigt, die am 18. Dezember 2019 mit dem Europäischen Parlament über einen Vorschlag zur Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie erzielt worden war. Mit dieser Billigung wird der Weg für die endgültige Annahme geebnet.

Mit den neuen Vorschriften werden die Qualitätsstandards für Trinkwasser auf den neuesten Stand gebracht und ein kosteneffizienter, risikobasierter Ansatz bei der Überwachung der Wasserqualität eingeführt. Außerdem werden darin Mindesthygieneanforderungen für Materialien festgelegt, die mit Trinkwasser in Berührung kommen, wie etwa Leitungen. Dadurch soll die Qualität solcher Materialien verbessert werden, um sicherzustellen, dass die menschliche Gesundheit geschützt wird und es zu keinen Verunreinigungen kommt. Die Mitgliedstaaten können Maßnahmen zur Einrichtung von Trinkwasserstellen beschließen und müssen künftig sicherstellen, dass die Verbraucher auf Informationen über die Leitungswasserqualität zugreifen können.

Die aktualisierte Richtlinie wird um das System einer Beobachtungsliste ergänzt, um wachsenden Bedenken über die Auswirkungen von Umwelthormonen, Arzneimitteln und Mikroplastik auf die menschliche Gesundheit Rechnung zu tragen. Diese Beobachtungsliste wird es der EU ermöglichen, dynamisch und flexibel neue Erkenntnisse über diese Stoffe und ihre Bedeutung für die menschliche Gesundheit nachzuverfolgen. • *sn Quelle PM RAT*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Künstliche Intelligenz soll für Verbraucher fair und sicher sein

Mittels einer Resolution beschäftigt sich das Europäische Parlament mit den verschiedenen Herausforderungen, die sich im Rahmen von künstlicher Intelligenz (KI) und Technologien zur automatisierten Entscheidungsfindung stellen. Man sehe das Potenzial von automatisierter Entscheidungsfindung, dem Verbraucher innovative und verbesserte Dienstleistungen bieten zu können. Gleichzeitig sei der Verbraucher in Zeiten schneller Entwicklungen oft einem undurchsichtigen, nicht immer wertungsfreiem System ausgesetzt. Strenge Regelungen sollen deshalb sicherstellen, dass Verbraucher angemessen über die Anwendung und Funktionsweise automatisierter Entscheidungsfindung informiert werden. In allen Prozessen sollte der Mensch die Kontrolle behalten und die Entscheidungen eines Systems sollten stets der Überprüfung und Korrektur zugänglich bleiben. Die Systeme sollten nur hochqualitative und tendenzfreie Datensätze, sowie „nachvollziehbare und tendenzfreie Algorithmen“ verwenden und der Letztverantwortliche einer Entscheidung müsse immer ein Mensch sein. Dabei plädiert das Europäische Parlament auch für eine Aktualisierung der EU-Regeln zur Sicherheit und Haftung mit Blick auf KI-fähige Produkte auf Basis eines Risikobewertungsschemas.

Nachdem die Resolution angenommen wurde, wird sie an den Rat und an die Kommission übermittelt, damit diese den Ansichten der Abgeordneten zu den Themen KI und automatisierte Entscheidungsfindung Rechnung tragen. Die Europäische Kommission hat angekündigt, am 19. Februar 2020 einen Plan für eine Europäische Herangehensweise zu präsentieren. • *kg Quelle: PM EP*

Weitere Informationen enthält die [Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#).

Europäische Umweltagentur: Auswirkungen des Klimawandels erfordern Anpassungen



Am 10. Februar 2020 stellte die Europäische Umweltagentur ([EEA](#)) einen Bericht über Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene europäische Regionen vor. Mit [interaktiven](#) Landkarten zeigt die EEA auf, dass nach ihren Berechnungen extreme Wetter- und Klimaereignisse wie Überschwemmungen, Dürren, Waldbrände und stark steigende Meeresspiegel in vielen Regionen häufiger und intensiver werden. Die Verschärfung des Klimawandels werde eintreten, selbst wenn sich die weltweiten Bemühungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen als wirksam erweisen sollten. Jedoch würden die Folgen viel weniger schlimm, wenn es gelänge, die globale Erderwärmung unter 2 Grad Celsius zu halten. Eine regional und lokal zugeschnittene Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels sei entscheidend, so die EEA. Im Rahmen des von der Europäischen Kommission angekündigten [Grünen Deals](#) sollte deshalb auch eine erhöhte Widerstandsfähigkeit der europäischen Regionen eine Schlüsselrolle spielen. Die Europäische Kommission



hat bereits für 2020/2021 eine neue Strategie zur Anpassung an den Klimawandel angekündigt. • *ms Quelle PM EEA*

[PM der Europäischen Umweltagentur](#)

Umwelt – Deutschland soll Vorschriften zum Schutz von Oberflächengewässern verbessern

Die EU-Kommission hat am 12. Februar 2020 ein Aufforderungsschreiben an Deutschland verschickt, in dem sie nachdrücklich fordert, die nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der EU- Richtlinie über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik ordnungsgemäß in nationales Recht umzusetzen. Mit der Richtlinie soll sichergestellt werden, dass die chemische Verschmutzung von Oberflächengewässern keine Gefahr für die aquatische Umwelt oder die menschliche Gesundheit darstellt. Das Land hat nun zwei Monate Zeit, um Stellung zu nehmen und seine Rechtsvorschriften anzupassen. Andernfalls kann die EU-Kommission beschließen, den deutschen Behörden eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln. • *ms Quelle PM KOM*

Wichtigste Beschlüsse der Vertragsverletzungsverfahren im Februar 2020: [hier](#)

Umwelt – Die Kommission verschärft Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland bei Habitat-RL

Am 12. Februar 2020 hat die EU-Kommission in einer mit Gründen versehenen Stellungnahme Deutschland nachdrücklich aufgefordert, seinen Verpflichtungen aus der FFH-RL zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen nachzukommen. Die EU-Kommission ist der Auffassung, dass bei allen 4606 Natura-2000-Gebieten, in allen Bundesländern und auf Bundesebene, eine generelle und fortbestehende Praxis zu beobachten sei, keine ausreichend detaillierten und quantifizierten Erhaltungsziele festzulegen. Außerdem habe Deutschland nicht dafür gesorgt, dass die Behörden in sechs Bundesländern Managementpläne aktiv und systematisch an die Öffentlichkeit weiterleiten. Die Mitgliedstaaten müssen besondere Schutzgebiete mit spezifischen Erhaltungszielen und den entsprechenden Erhaltungsmaßnahmen ausweisen, um einen günstigen Erhaltungszustand der vorhandenen Arten und Lebensräume zu erhalten oder wiederherzustellen. Die Frist für die Vollendung dieser Maßnahmen für alle Gebiete in Deutschland ist in einigen Fällen vor mehr als zehn Jahren abgelaufen. Daher übermittelte die Kommission 2015 ein Aufforderungsschreiben und 2019 nach langwierigen Gesprächen mit dem Mitgliedstaat ein ergänzendes Aufforderungsschreiben. Das Land hat nun zwei Monate Zeit, um zu reagieren. Kommt Deutschland der Aufforderung nicht binnen zwei Monaten nach, kann die Kommission den Fall an den Gerichtshof der Europäischen Union verweisen. • *ms Quelle PM KOM*

Die vollständige Pressemitteilung zum Vertragsverletzungsverfahren: [hier](#)



Nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln

Am 05. Februar 2020 veröffentlichte der europäische Rechnungshof einen Sonderbericht zu diesem Thema. Darin stellte der Hof fest, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten zwar Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ergriffen haben, jedoch bei der Messung und Verringerung der damit verbundenen Risiken nur begrenzt Fortschritt erzielt wurde. Die Anwendung des integrierten Pflanzenschutzes ist für Landwirte zwar obligatorisch, stellt jedoch keine Anforderung für den Erhalt von Zahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik dar. Darüber hinaus würden sowohl die Durchsetzung als auch die verfügbaren EU Statistiken im Hinblick auf die Erreichung des Ziels der nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln als unzureichend eingeschätzt. Im Ergebnis unterbreitete der Hof Empfehlungen zu den getroffenen Feststellungen. • *md Quelle PM Europäischer Rechnungshof*

Weitere Informationen dazu finden sie [hier](#).

Coronavirus: EU setzt auf internationale Koordination und Zusammenarbeit

Die Europäische Kommission arbeitet weiter an allen Fronten an der Bekämpfung des Coronavirus-Ausbruchs. Bei seinem Besuch am 10. Februar 2020 des EU-Koordinierungszentrum für Notfallmaßnahmen sagte der Kommissar für Krisenmanagement Janez Lenarčič: „Da der Ausbruch des Coronavirus immer mehr Länder betrifft, müssen Koordination und Kooperation unser Hauptaugenmerk sein. Jetzt ist es an der Zeit, unsere Kräfte zu bündeln, um diese Epidemie zu stoppen.“

Gestern wurden erneut 95 EU-Bürger auf einem Flug in das Vereinigte Königreich aus China zurückgeführt. Die Kommission kofinanziert die Kosten für die Beförderung der EU-Bürger aus dem Vereinigten Königreich in ihre jeweiligen Mitgliedstaaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Rumänien und Schweden).

Mit der Aktivierung des EU-Katastrophenschutzmechanismus durch Frankreich Ende Januar wurden bereits 558 Personen, darunter 447 EU-Bürger, am 31. Januar und 2. Februar 2020 auf drei von der EU kofinanzierten Flügen aus der Region Wuhan eingeflogen. Das EU-Koordinierungszentrum für Notfallmaßnahmen steht mit allen EU-Mitgliedstaaten in Verbindung, um die Lieferung der benötigten persönlichen Schutzausrüstung nach China zu erleichtern, zusätzlich zu den 12 Tonnen, die die Mitgliedstaaten bereits am 1. Februar als Sofortmaßnahme mobilisiert haben.

Die EU-Kommission kündigte außerdem an, dass sie 10 Mio. Euro aus ihrem Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 zur Unterstützung der Forschung über die neue Coronavirus-Krankheit zur Verfügung stellt. Das Europäische Zentrum für Seuchenbekämpfung (ECDC) beobachtet die Entwicklung des Ausbruchs genau.

• *sn Quelle PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



EU – Tabakbesteuerung sollte Zigarettenkonsum stärker eindämmen

Die derzeitigen Vorschriften zur Tabakbesteuerung funktionieren zwar gut hinsichtlich Vorhersehbarkeit und Stabilität der Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten, verhindern den hohen Tabakkonsum in der EU aber nicht mehr ausreichend. Notwendig ist ein umfassenderer Ansatz, der alle Aspekte der Tabakkontrolle einschließlich der öffentlichen Gesundheit, der Besteuerung, der Bekämpfung des illegalen Handels und der Umweltbelange berücksichtigt. Dies geht aus der Bewertung der EU-Vorschriften zur Besteuerung von Tabakwaren hervor, die die Europäische Kommission am 10. Februar 2020 veröffentlicht hat. Die Erhöhung der EU-Mindestsätze für Zigaretten und Feinschnitttabak hatte nur den Mitgliedstaaten Auswirkungen, die von vornherein ein sehr niedriges Steuerniveau hatten. Die hohe Zahl der Raucher in der EU gibt nach wie vor Anlass zu großer Sorge: insgesamt 26 Prozent der Erwachsenen und 29 Prozent der jungen Europäer im Alter von 15 bis 24 Jahren rauchen. Die Einführung des Europäischen Plans zur Bekämpfung von Krebs unterstreicht die zentrale Rolle der Besteuerung bei der Reduzierung des Tabakkonsums.

Darüber hinaus stellen die Preisunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten - der Durchschnittspreis einer Zigarettenpackung kann zwischen 2,57 Euro und 11,37 Euro liegen - einen Anreiz für grenzüberschreitende Einkäufe dar. Die Evaluierung macht auch deutlich, dass das Aufkommen neuer Produkte wie E-Zigaretten, so genannte „Heat-not-burn“-Zigaretten und neue Suchtprodukte die Grenzen des derzeitigen Rechtsrahmens aufzeigen. So fallen z.B. E-Zigaretten derzeit nicht in den Geltungsbereich der Richtlinie über Verbrauchsteuern auf Tabak. Die Mitgliedstaaten können im Rahmen ihrer eigenen Vorschriften und im eigenen Ermessen nationale Steuern auf E-Zigaretten erheben. Die aktuelle Evaluierung bewertet die Leistung der Richtlinie zur Tabakbesteuerung anhand der in den Leitlinien zur besseren Rechtsetzung festgelegten Evaluierungskriterien.

• *sn Quelle PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Neue Mitglieder der eHealth Stakeholder Gruppe veröffentlicht

Im Ergebnis eines im September 2019 abgeschlossenen Bewerbungsverfahrens, hat die Kommission am 7. Februar 2020 neue Mitgliedsorganisationen der eHealth Stakeholder Gruppe mit einem Mandat bis 2022 bekannt gegeben.

Bei den Mitgliedern handelt es sich ausschließlich um Dachorganisationen/-verbände mit einer europäischen Öffentlichkeitsarbeit, die nachfolgende Gruppen vertreten: die Health Tech-Industrie, Patienten, Gesundheitswesen und Forschung.

Die Namen ausgewählter Organisationen werden im Register der Sachverständigengruppen der Kommission veröffentlicht.

Die eHealth Stakeholder-Gruppe wird die Kommission unter anderem in den Bereichen Gesundheitsdaten, digitale Gesundheitsdienste sowie künstliche Intelligenz durch Beratung und Fachwissen bei der Entwicklung von Maßnahmen zur digitalen Transformation von Gesundheit und Pflege in der EU unterstützen.

Die erste Sitzung der erneuerten Gruppe soll am 13. März 2020 in Brüssel stattfinden.

• *md Quelle PM KOM*

Weitere Informationen finden sie [hier](#).



MFR: Erasmus+, Creative Europe, European Solidarity Corps

Angesichts der festgefahrenen Trilog-Verhandlungen über Erasmus+, Creative Europe und das Europäische Solidaritätskorps gaben die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung im EP, Sabine Verheyen (DE, EVP), und die Berichterstatter für die drei Programme - Milan Zver (SL, EVP) für Erasmus+, Massimiliano Smeriglio (IT, S&D) für Creative Europe und Michaela Šojdrová (CS, EVP) für das Europäische Solidaritätskorps - folgende gemeinsame Erklärung ab:

"Die Bildungs-, Kultur- und Freiwilligenprogramme der EU bringen Menschen zusammen, helfen ihnen, voneinander zu lernen, feiern Kreativität und Vielfalt und geben den Menschen bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz. Das Parlament, der Rat und die Kommission haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Programme bis Januar 2021 mit einem Budget ausgestattet sind, das den Ambitionen entspricht, von denen wir alle sagen, dass wir sie teilen. Aber das bedeutet nicht, dass das Parlament bereit ist, einfach nur allem zuzustimmen".

"Wir haben eine Verdreifachung des Erasmus+-Budgets und eine Verdoppelung des Creative Europe-Budgets gefordert, während der Vorschlag der finnischen Ratspräsidentschaft vom Dezember sogar 20% unter dem Kommissionsvorschlag lag. Um es klar zu sagen: Wenn wir nicht genug Geld für jedes der drei Programme haben, müssen wir unsere Ambitionen für die nächsten sieben Jahre zurückschrauben. Wir fordern den Rat auf, den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen voranzutreiben und mit einem vollständigen Verhandlungsmandat an den Verhandlungstisch zurückzukehren, auch über die Budgetverteilung - es macht keinen Sinn mehr, die wichtigsten Dingen bei den Verhandlungen außen vor zu lassen".

"Wir möchten die Kommission auch daran erinnern, dass Flexibilität im Programm zwar sinnvoll ist, dass wir aber nicht tolerieren können und wollen, dass Beamte große politische und haushaltspolitische Entscheidungen treffen, statt den gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Regierungen im Rat. Wir werden der Kommission für die nächsten sieben Jahre keinen Freibrief geben. Wir fordern die Kommission seit Anfang Oktober auf, einen geeigneten Mechanismus für die Entscheidungsfindung im Verlauf des Programms zu entwickeln. Es ist an der Zeit, etwas zu tun".

"Das Parlament ist jederzeit bereit, die Gespräche wieder aufzunehmen, aber zunächst brauchen wir harte Vorschläge der Kommission und ein volles Verhandlungsmandat des Rates." *ah Quelle: PM EP*

Die Pressemitteilung des Europäischen Parlaments finden Sie [hier](#).



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Austausch mit der Kommission zu Algenproduktion

Am 6. Februar lud die Vertretung der französischen Region Pays de la Loire in Brüssel zu zwei Gesprächsrunden zu aktuellen Themen und Herausforderungen der Algenproduktion in den Regionen Europas ein. Am Vormittag trafen sich im Rahmen der ersten Diskussionsrunde Repräsentanten von Algenproduzenten, Verbänden und verschiedenen Regionen aus Frankreich, Portugal, Spanien, Italien und Deutschland (Sachsen-Anhalt) mit Patrizia Pitton von der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) der Europäischen Kommission.

Bisher ist es problematisch, in der EU Bio-Algen zu produzieren, da die Wirtschaftlichkeit der Algenzucht bei Einhaltung der entsprechenden Verordnung rapide abnimmt. Daher verständigte man sich vor dem Austausch mit Patrizia Pitton auf gemeinsame Positionen, die dann auch gegenüber der Vertreterin der GD AGRI vorgestellt wurden. Letztere stellte Ergebnisse der Arbeit der Sachverständigengruppe für technische Beratung bezüglich der ökologischen/biologischen Produktion (EGTOP) vor, die die Europäischen Institutionen berät. Das Expertengremium stützt sich dabei auf Erfahrungswerte aus der Praxis, um für wirksame und verhältnismäßige EU-Vorschriften für Bio-Produkte zu sorgen. Wichtig für die Produzenten ist dabei insbesondere die Zulassung von Nährstoffen tierischen Ursprungs.

Am Nachmittag tagte die Arbeitsgruppe Bioökonomie des ERRIN-Netzwerkes zum Thema Algen ebenfalls in der Vertretung der Region Pays de la Loire in Brüssel. Hier stellten u.a. Anja Koch vom Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung gemeinsam mit Jörg Ullmann, Geschäftsführer der Algenfarm in Klötze (Roquette Klötze GmbH & Co. KG), das „Algenland Sachsen-Anhalt“ vor. Entlang der Wertschöpfungskette erläuterten sie, welche Potenziale Sachsen-Anhalt in Forschung, Anlagenbau, Produktion und Verarbeitung im Bereich der Algen hat. Angestrebt wird nun, auch europäische Partnerschaften auf diesem Gebiet einzugehen.

Zum Abschluss der Veranstaltung berichtete Andrea Weber von der GD Maritime Angelegenheiten und Fischerei (GD MARE) über den aktuellen Stand der geplanten Algen-Strategie der Europäischen Kommission und stellte verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten für Algenprojekte vor.

- *Gastartikel*





Europagespräch in Bernburg am 18. Februar 2020

Lasst uns über Europa sprechen!

Wie steht es um die Europäische Union? Welche Erwartungen haben Bürger an die EU? Wie muss sich Europa verändern? Was bedeuten die Entscheidungen des Europäischen Parlaments für Sachsen-Anhalt?



Diese und weitere Fragen und Meinungen zu Europa diskutieren **am 18. Februar 2020** in Bernburg Henry Schütze, Oberbürgermeister, Bernhard Schnittger, Europäische Kommission in Deutschland und **Dr. Michael Schneider**, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Das Europagespräch findet ab 18 Uhr im Rathaus, Schlossgartenstraße 16, 06406 Bernburg (Saale) statt.

Weitere Informationen unter <https://europagespraech.de>.

Interessenten können sich gern zur Teilnahme anmelden unter anmeldung@europagespraech.de.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Die gemeinsame Initiative der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland und der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt bietet Bürgerinnen und Bürger in insgesamt 12 kleinen und mittleren Städten in Sachsen-Anhalt eine Plattform, um sich über ihre Meinungen und Ansichten zu Europa auszutauschen. Die Bürgermeister der Städte unterstützen diese Initiative.

Sechs Europagespräche haben bereits zu Beginn des Jahres 2019 stattgefunden, sechs weitere folgen im Zeitraum Ende November 2019 bis Februar 2020:

26.11.2019: Haldensleben; 27.11.2019: Osterburg; 23.01.2020: Salzwedel

06.02.2020: Burg; 10.02.2020: Stendal; 18.02.2020 Bernburg

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können Fragen und Meinungen zu aktuellen Herausforderungen und zur zukünftigen Entwicklung der Europäischen Union äußern und mit verantwortlichen Politikern diskutieren.

Gesprächspartner sind die jeweiligen Bürgermeister, Dr. Michael Schneider, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt und ein leitender Mitarbeiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland.

Weitere Informationen unter: <https://europagespraech.de/>

Interessenten sind zur Teilnahme herzlich eingeladen:

Organisation:

Europäische Bewegung Sachsen-Anhalt e.V.

Katharina Berger

Geschäftsführerin

Mail: kontakt@europagespraech.de

Tel: 0391 5693 342

• *Gastartikel*



Fortbildung „EU-Förderung für Kommunen“ – Sichern Sie sich einen der wenigen Restplätze!

Wie können europäische Projektideen in den Bereichen Bildung, Bürgerbegegnung, Umwelt und Kultur gefördert werden? Wie kann internationaler Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch mit europäischen Kollegen umgesetzt werden und wie profitiert Ihre Kommune davon?

Diese und weitere Fragen werden im Rahmen der 2 1/2-tägigen Fortbildung „EU-Förderung für Kommunen“, die die EU Service-Agentur vom 22. bis 24. April 2020 gemeinsam mit dem Studieninstitut für kommunale Verwaltung Sachsen-Anhalt e. V. (SIKOSA) in Magdeburg veranstaltet, geklärt.

Die Fortbildung richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen sowie öffentlich getragener Einrichtungen, die sich fundierte Kenntnisse

- über die Struktur der europäischen Förderlandschaft,
- zu den EU-Aktionsprogrammen und
- zur Entwicklung von internationalen Projekten

aneignen und sich damit als EU-Ansprechpartner/in qualifizieren möchten.

Sie erlangen das Handwerkszeug, um mit Unterstützung der EU Service-Agentur Projektideen für Ihre Kommune zu entwickeln und zur Antragsreife zu bringen sowie Kooperationsangebote von europäischen Partnern für Ihre eigene Kommune nutzbar zu machen.

Nutzen Sie die Gelegenheit, sich trotz der rückläufigen Strukturfondsmittel finanziellen Spielraum für strategische Fragestellung und europäische Lösungen zu schaffen und melden Sie sich bis zum 10.03.2020 online unter [diesem Link](#) für die Fortbildung an.

Die Teilnahme an der Fortbildung ist kostenfrei.

Alle Fragen zu diesem Fortbildungsangebot der EU Service-Agentur beantwortet Ihnen gern:

Frau Sabine Eling-Saalmann

Tel: 0391 589 8381

E-Mail: sabine.eling-saalmann@ib-lsa.de

• *Gastartikel*



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Verschwindende Wand: Goethe-Institut ruft zu europaweitem Zitat-Wettbewerb auf

Ob ein Gedanke von Hannah Arendt, eine Liedzeile der Beatles, eine Zeile aus dem Film „Die fabelhafte Welt der Amélie“ oder ein Satz des ungarischen Nobelpreisträgers Imre Kertész: In einem europaweiten Wettbewerb fragt das Goethe-Institut Bürger*innen aus Europa nach ihren Lieblingszitaten der europäischen Hoch- und Popkultur. Jeder und jede ist eingeladen, seinen/ihren Vorschlag bis zum 31. März 2020

einzureichen! Die besten Zitate werden Teil einer Installation mit dem Titel „Verschwindende Wand“, die anlässlich der deutschen

EU-Ratspräsidentschaft ab Sommer 2020 in zehn Ländern Europas zu sehen sein wird. Unter den Einsender*innen aller berücksichtigten Zitate in Belgien verlost das Goethe-Institut Belgien zusätzlich einen Standardsprachkurs Deutsch am Goethe-Institut Belgien, Bücher der aktuellen deutschsprachigen Gegenwartsliteratur sowie Gratistickets für Kulturveranstaltungen des Goethe-Instituts Belgien.



Verschwindende Wand Goethe-Institut
© Felix Rettberg

Die „Verschwindende Wand“ ist ein Projekt des Goethe-Instituts, gefördert mit Sondermitteln des Auswärtigen Amtes zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020.

Das Zitat kann postalisch oder digital an das Goethe-Institut in Belgien eingereicht werden: Goethe-Institut Belgien; Avenue des Arts 58 | Kunstlaan 58; 1000 Bruxelles | Brüssel; E-Mail: verschwindendewandbelgien@goethe.de

Über die Installation

Die interaktive Wandinstallation „Verschwindende Wand“ geht auf eine Idee von Maria Yablonina in einem von dem Architekten und Ingenieur Werner Sobek durchgeführten und vom Goethe-Institut initiierten Workshop zurück. Die Installation besteht aus einem Plexiglasgerüst, in das rund 6.000 Holzklötze mit Zitaten eingesetzt werden. Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird die Installation nun in zehn europäischen Ländern zu sehen sein. Nach der Enthüllung der Installation hat jeder die Möglichkeit, Zitatklötze mitzunehmen. Zurück bleibt nur noch das durchsichtige Plexiglasgitter, in dem sie sich befanden: die Wand ist verschwunden.

Mehr Informationen über die „Verschwindenden Wand“ finden Sie auf www.goethe.de/europa/verschwindendewand und die detaillierte Ausschreibung finden Sie [hier](#).

- *Gastartikel*



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Erasmus+; Key action 2 France	Collège Notre Dame Myriam GIBELIN Biology teacher Mobile: (+33) 6 72 96 72 54 Email: mgibelin@yahoo.fr 48100 Marvejols	Partner search for Erasmus+ The project would address the questions of environmental conservation, citizenship, heritage with plants as a starting point. The aim is to deal both with the current situation and the challenges ahead. Various educational activities for the students could be foreseen (photography, digital production, meeting with professionals, communication, creation of a conservation campaign, etc.) The school already has several experiences in coordinating European projects but wishes to diversify its partners. The Collège Notre Dame is looking for other European schools that would be interested in the chosen field, with local specificities (natural reserve, UNESCO, endemic plants...) The deadline to manifest your interest for the partnership is <u>February 28th, 2020</u> . The deadline to submit the proposal is March 2020.
Erasmus+ Strategic Partnerships supporting exchange of good practice Denmark	Municipality of Aarhus Cecilie Høegh Langvad Project manager chl@aarhus.dk	Partner search for Erasmus+ The project's working title is "Avoiding transfer accidents and attrition among caregivers in today's health care sector by implementing assisted living technologies and safe transferring techniques" and aims to exchange good practices on how to decrease the risks of work-related accidents



		<p>among care-givers when transferring patients.</p> <p>The purpose of teaching transfer techniques is to prevent work accidents and attrition to the nursing staff by focusing on working techniques and the implementation of transfer aids and technology.</p> <p>The project is searching for partners from academia, the health care sector and municipalities and partners that have developed digital technological solutions (like AR/AI) in educational contexts to teach transferring techniques.</p> <p>Deadline for expression of interest: 24.02.2020</p>
Forschungs- gesuch Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Partner zur Entwicklung eines modularen Fahrradinfrastruktursystems für Städte gesucht Ein spanisches Technologiezentrum sucht nach gemeinnützigen Organisationen oder Forschungs- und Technologiezentren, die sich an einem Horizon 2020-Projekt beteiligen wollen, um ein Pilotprojekt für eine nachhaltige Radverkehrsinfrastruktur für Gemeinden zu entwickeln. Die gesuchten Partner sollten über die folgenden Fähigkeiten verfügen: Identifizierung von Sicherheitsstandards und Installationsbedingungen, Überprüfung der Designbedingungen, Teilnahme an Demonstrationsmaßnahmen und Durchführung von Verbreitungs- und Kommunikationsaktivitäten. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: RDES20200123001
Technologie- gesuch Slowenien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Partner für Entwicklung von elektromotorischen Antrieben gesucht Ein slowenisches Unternehmen, das innovative elektrische Radmotoren herstellt, sucht die Zusammenarbeit mit Experten mit Know-how auf den Gebieten der numerischen Simulation und Optimierung der numerischen Strömungsdynamik (CFD) und der Entwicklung eingebetteter Systeme.



		<p>Der gesuchte Partner sollte Erfahrung in der funktionalen Sicherheit von Automobilanwendungen, dem Automotive Safety Integrity Level (ASIL) und der Norm ISO23262 haben.</p> <p>Im Detail ist folgende Expertise gefragt:</p> <ul style="list-style-type: none">• Optimierung der Luftkühlung des Elektromotorantriebs;• numerische Simulation und Optimierung der rechnergestützten Strömungsdynamik (CFD)• Softwareentwicklung eingebetteter Systeme mit Erfahrung in funktionaler Sicherheit (ASIL und ISO23262). <p>Es werden Vereinbarungen zur technischen und zur Forschungszusammenarbeit angestrebt.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: TRSI20200122001</p>
Geschäftliches Gesuch Italien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Italienischer Distributor sucht Einweg-, tragbare oder implantierbare medizinische Geräte für den italienischen Markt <p>Das italienische Unternehmen verfügt über mehr als 30 Jahre Erfahrung als Vertriebshändler für medizinische Geräte. Seine Hauptkunden sind öffentliche nationale Krankenhäuser und Privatkliniken mit einer soliden Beziehung zu medizinischen Fachleuten. Gesucht werden Lieferanten, die Einweg-, implantierbare, und tragbare medizinische Geräte mit CE-Kennzeichnung herstellen. Angeboten werden Vertriebsdienste für den italienischen Markt.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: BRIT20200128001</p>



Tipp

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

20

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Ob Blumen, Pralinen oder andere Aufmerksamkeiten - am 14. Februar ist wieder Valentinstag. Doch ist dieser wirklich nur eine Erfindung der BlumenhändlerInnen zur Umsatzsteigerung? Und wie wird der Valentinstag in anderen europäischen Ländern gefeiert?



1. Dass der Ursprung des Valentinstags auf den christlichen Märtyrer Valentinus, auch Valentin von Terni, zurückzuführen ist, weiß gut die Hälfte der Deutschen. Aus welchem Grund ist aber der 14. Februar das Datum des Valentinstags?

- A) Da der Märtyrer Valentinus am 14. Februar 269 geboren wurde.
- B) Da der Märtyrer Valentinus am 14. Februar 269 das erste Mal Eheleute traute.
- C) Da der Märtyrer Valentinus am 14. Februar 269 hingerichtet wurde.

2. Mittlerweile in ganz Europa verbreitet, sind die sogenannten Liebesschlösser auch am Valentinstag ein beliebtes Geschenk. Aus welchem EU-Mitgliedsstaat kommt vermutlich die Tradition der Liebesschlösser?

- A) Italien
- B) Frankreich
- C) Spanien



3. Die meisten Deutschen planen, ihrer Partnerin oder ihrem Partner am Valentinstag etwas zu schenken. Wert und Einfallsreichtum der Geschenke unterscheiden sich jedoch stark. Wie hoch ist die Umsatzsteigerung, die am Valentinstag und in den Tagen davor und danach im Einzelhandel in Deutschland erzielt wird?

- A) ca. 10 000 000 €
- B) ca. 100 000 000 €
- C) ca. 1 000 000 000 €

Lösung:

1. C) Valentin von Terni bzw. Valentin von Rom soll ein römisch-katholischer Heiliger und Märtyrer gewesen sein, der im 3. Jahrhundert lebte und wirkte. Verschiedene Überlieferungen zeigen sowohl Unterschiede als auch Parallelen und Schnittpunkte zwischen einem Valentin von Terni und einem Valentin von Rom, sodass in vielen Quellen davon ausgegangen wird, dass es sich womöglich um dieselbe Person handelte. Überlieferungen zufolge soll Valentin von Terni, trotz Verbot des Kaisers, Brautpaare christlich getraut haben, die eigentlich unverheiratet hätten bleiben sollen. Aus diesem Grund wurde er am 14. Februar 269 enthauptet.

Zu den Eheschließungen soll Valentin dem vermählten Ehepaar frische Blumen aus seinem Garten geschenkt haben. Des Weiteren wurde überliefert, dass die von ihm geschlossenen Ehen unter einem besonders guten Stern standen. Daher wird Valentin von Terni heute als Patron der Liebenden verehrt, sodass der Brauch des Valentinstags vermutlich auf ihn zurückzuführen ist. Papst Gelasius führte im Jahr 469 für die gesamte Kirche den Valentinstag als Gedenktag für Valentinus ein. Dieser wurde jedoch 1969 wieder aus dem römischen Generalkalender gestrichen.

2. A) Die sogenannten Liebesschlösser sind kleine Anhängeschlösser, die von Liebespaaren an Brückengeländern o.ä. befestigt werden. Meist sind die Namen oder der Jahrestag des Paares in das Schloss eingraviert. Mit den Schlössern soll die ewige Liebe zwischen den Liebenden symbolisiert werden, denn der dazugehörige Schlüssel wird meist in den Fluss geworfen. Vermutlich stammt dieser Brauch aus Italien. In Florenz verewigten sich die AbsolventenInnen der Sanitätsuniversität San Giorgio nach ihrem Abschluss an der Milvischen Brücke. Als Symbol dafür, dass ihre Zeit als Studierende nun vorbei sein wird, hängten sie die Vorhängeschlösser ihrer Spinde an das Geländer der Brücke. Verliebte Paare weltweit ließen sich von dieser Idee inspirieren. Die berühmteste Brücke für die Liebesschlösser in Deutschland ist die Hohenzollernbrücke in Köln. Seit 2008 werden hier vermehrt Schlösser aufgehängt. Auch in Paris verewigten sich hunderte Paare. Jedoch wurden die Schlösser an der Pont des Arts im Herzen der französischen Hauptstadt in unregelmäßigen Abschnitten von den Behörden entfernt – unter dem Gewicht der Liebesschlösser brach im Juni 2014 ein 2,4 m langer Abschnitt des Brückengeländers zusammen. Inzwischen wurden alle Schlösser entfernt und das Geländer so gestaltet, dass ein Anbringen von Liebesschlössern nicht mehr möglich ist.

3. C) Laut dem Handelsverband Deutschland sorgt der Valentinstag am 14. Februar für zusätzliche Umsätze in Höhe von 1 Milliarden Euro im deutschen Einzelhandel. Die beliebtesten Geschenke sind neben Blumen und Süßigkeiten, wie Pralinen, auch Restaurantbesuche und selbstgemachte Geschenke. Weniger beliebt bei den Deutschen sind Gutscheine, Medienartikel und Bekleidung.



Allein zum Valentinstag 2018 transportierte die deutsche Frachtfluggesellschaft *Lufthansa Cargo* 800 Tonnen rote Rosen nach Deutschland.

Im EU-Mitgliedsstaat Dänemark werden am Valentinstag kleine Geschenke anonym verschickt, sodass die Beschenkten erraten müssen, wer ihnen diese Freude bereitet hat. Auch bei den DänInnen sind Blumensträuße beliebt, allerdings mit Schneeglöckchen anstatt der hiesigen roten Rosen.

Die polnische Kleinstadt Chelmno gilt als „Stadt der Verliebten“ und ist eine Hochburg für Valentins-Veranstaltungen. In der kleinen Pfarrkirche St. Marien wird eine Reliquie des Heiligen Valentin ausgestellt – ein kleiner Teil des Schädels, der in einem Gefäß aus Silber aufbewahrt wird. Neben einem Gottesdienst zu Ehren des Heiligen Valentin finden am Abend des Valentinstags zahlreiche Veranstaltungen und Konzerte statt. Zudem ist das Standesamt in Chelmno schon Jahre vorher für den 14. Februar ausgebucht.

Mehr über Bräuche und Traditionen in anderen Ländern kann man natürlich am besten direkt vor Ort erfahren. Jungen Menschen bis 30 Jahre bieten sich dazu viele Möglichkeiten – zum Beispiel ein Freiwilligendienst mit dem Europäischen Solidaritätskorps. GOEUROPE! berät sowohl Jugendliche, die gerne ins Ausland gehen möchten, als auch interessierte Organisationen. Wir sind per Mail an info@goeurope-lsa.de zu erreichen.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
N.N.	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Martina Denck (MD)	Hospitantin	...34	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...14	E-Mail
Luise Böttcher (LB)	Praktikantin	...22	E-Mail
Katrina Glogger (KG)	Rechtsreferendarin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Antonietta Hofmann

Fotos

Antonietta Hofmann, sofern nicht anders
angegeben oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

